

Bundsvorstand der Partei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative

Antrag zum Bundesparteitag in Kassel, 03. Juli 2005

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag der WASG begrüßt den Kooperationsprozess mit der Partei des demokratischen Sozialismus, für die vorgezogenen Bundestagswahlen eine Konkurrenz kandidatur der beiden politischen Parteien zu vermeiden und einen Prozess der Neugruppierung der politischen Linken einzuleiten.

Angesichts der großen Gemeinsamkeiten im Kampf gegen den Neoliberalismus und in Respekt vor den überlieferten politisch-kulturellen Unterschieden und programmatisch-theoretischen Differenzen wollen wir zu den Bundestagswahlen eine Stärkung der linken Opposition durch Unterstützung des Projekts der „offenen Liste“ der „Linkspartei“ zustande bringen. Darüber hinaus geht es mittelfristig darum, eine starke politische Kraft mit einer neuen politischen Kultur zu schaffen, in der sowohl die beiden Parteien aufgehoben sein können, die aber auch offen für andere Kräfte und Strömungen ist.

Mit der Umbenennung in „Die Linkspartei“ hat die PDS ein Zeichen gesetzt, dass sie bereit ist, ihre Identität zu erweitern. Die große Mehrheit in der WASG hat stets die Auffassung vertreten: die Liste müsse vom Namen und vom Verfahren her deutlich machen, dass etwas Neues entsteht. Der Großteil der WASG-AktivistInnen sieht die neue Partei nicht als Zweck, sondern als politisches Mittel, um in der Berliner Republik einen grundlegenden Politikwechsel möglich zu machen. Das gemeinsame Auftreten bei den Bundestagswahlen ist ein wichtiger Schritt, um in diesem Land gesellschaftspolitische Alternativen zum Neoliberalismus wieder sichtbar machen zu können. Wir begrüßen, dass sich Politiker wie Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und andere an einer solchen gesellschaftlichen Herausforderung beteiligen wollen.

Der Bundesparteitag der WASG beauftragt den Bundsvorstand:

1. die Gespräche mit der PDS werden fortgeführt mit dem Ziel, einen wirksamen Wahlkampf zu organisieren und eine möglichst starke Vertretung der linken Opposition im Bundestag zu erreichen.
2. durch konkrete Schritte einen Verständigungsprozess der demokratischen Linken einzuleiten. In einer neuen politischen Partei, die für alle politischen Strömungen und Tendenzen der demokratischen Linken offen ist, soll die Formation einer breiten gesellschaftlichen Bewegung gegen das neoliberale Gesellschaftsprojekt vorangetrieben werden. In offenen Foren sollen die politischen Gemeinsamkeiten, die historisch-kulturellen Unterschiede und die theoretisch-programmatischen Differenzen herausgearbeitet werden, so dass in Kenntnis der programmatischen Gemeinsamkeit und dem Respekt vor den bestehenden Verschiedenheiten eine gemeinsame politische Organisation gebildet werden kann.

In den nächsten Monaten, verstärkt nach der Bundestagswahl, sollen konkrete Foren, Kommissionen und Etappen vereinbart werden, so dass den beteiligten Parteien und Organisationen nach zwei Jahren eine begründete Entscheidung möglich wird, ob und unter welchen Bedingungen eine gemeinsame politischen Formation entstehen kann. Zur Vorbereitung, Durchführung und politischen Steuerung dieser Neugruppierung der demokratischen Linken wird eine gemeinsame Kommission gebildet, die für andere Partner offen ist. Zunächst entsenden beide Parteien paritätisch Mitglieder; über die Ausweitung wird einvernehmlich entschieden. Die Kommission soll nach einer Phase

- breiter Debatten folgende Dokumente erarbeiten: ein Parteiprogramm, ein Statut, Namen und Art und Weise einer politischen Formation der demokratischen Linken.
3. Umgehend ist die Urabstimmung unter den Mitgliedern mit dem Ziel durchzuführen, eine Unterstützung für die Kandidatur von WASG-KandidatInnen auf den Listen der „Linkspartei“ und zu der Absicht zu erhalten, einen Prozess zur Herausbildung einer neuen politischen Formation der Linken einzuleiten. Dieser Prozess wird unter Einbeziehung aller Ebenen unserer Partei geführt. Über das Ergebnis dieses Prozesses befindet ein Parteitag und eine Urabstimmung.
 4. Der Bundestag beauftragt den Bundesvorstand und den Länderrat, eine Verhandlungskommission zu bilden.

Begründung:

Eine Unterstützung der Linkspartei ist politisch zu vertreten, weil es unsere zentrale Zielsetzung ist eine parlamentarische Vertretung der oppositionellen Positionen und Alternativen in einem neuen Bundestag zu erreichen. Die neue Linkspartei ist bereits bei einem Teil der WählerInnen angekommen. Die Linke in Deutschland hat eine hohe Verantwortung, wie sie mit der auf absehbare Zeit einmaligen Chance umgeht, eine linke Alternative zu stärken, die Chancen hat 6-10 % der Wählerstimmen zu erhalten und sich als spürbare Opposition gegen die neoliberalen Einheitsparteien gesellschaftlich verankern kann. Wir unterstützen darum die „Linkspartei“.

Entscheidend sind letztlich nicht die auch berechtigten parteilichen Interessen, sondern die außerparlamentarischen Kräfte, wie die Gewerkschaften, Globalisierungskritiker, Gruppen der sozialen Bewegungen und die Teile der Bevölkerung, die weder rot/grün noch gelb/schwarz wählen wollen. Alle diese Kräfte sind heute in der Defensive vor den Angriffen der Arbeitgeberverbände und der politischen Elite. Wir plädieren für diesen Weg, weil der Wahlalternative im Wahlkampf und den nachfolgenden sozialen Auseinandersetzungen eine große eigenständige Rolle zufällt.

Ein Erfolg bei den Bundestagswahlen wird deutlich machen, dass mehrere Millionen Menschen der neoliberalen Einheitspolitik nicht mehr folgen wollen und bereit sind eine politische Alternative zu unterstützen.

Ein Erfolg der Linkspartei wird eine neue Dynamik freisetzen. Die Opposition wird als gesellschaftliche Kraft und Alternative wahrnehmbar. Die sich schon jetzt abzeichnenden sozialen Konflikte – massive Einschnitte in das soziale Sicherungssystem, Abschaffung der gesetzlichen solidarischen Krankenversicherung, massive Beschädigung der Arbeitnehmerrechte – können wir erfolgreicher durchstehen, wenn im Gefolge eines politischen Erfolges der „Linkspartei“ auch die Gründung einer neuen politischen Formation der Linken zustande kommt.

Viele Kritiker dieses politischen Kurses beklagen, dass die eigenständige Rolle der WASG aufgegeben werde. Sie befürchten, dass angesichts der ungleichen Kräfteverhältnisse die von der Wahlalternative entwickelte Aufbruchstimmung verloren gehe. Die Vorbehalte speist sich nicht zuletzt aus der Einschätzung, dass über den zentralen Gesichtspunkt der Opposition gegen den Neoliberalismus die politischkulturellen Eigenheiten und die programmatischen Differenzen verloren gehen könnten. Mit vielen Aktiven in und außerhalb der WASG sind wir der Auffassung, dass es eben nicht um Unterordnung oder Preisgabe unserer Überlegungen und Konzeptionen geht, sondern dass diese in einem größeren Zusammenhang mit anderen aktiv vertreten und weiterentwickelt werden sollen.

Es ist nicht auszuschließen, dass nach einem Wahlsieg der CDU/CSU FDP die Sozialdemokratie und die Grünen wieder verbal nach links rücken und insbesondere die Gewerkschaften wieder stärker an die Seite der Sozialdemokratie rücken werden. Diese Entwicklung kann verhindert werden, wenn sich ein ernstzunehmendes Linksbündnis auch parlamentarisch etabliert. Dann wird der Spielraum sowohl für die WASG als auch für diejenigen in den Gewerkschaften größer, die für die offensive Wahrnehmung des politischen Mandates und für die Loslösung von der SPD eintreten. Auch für die Entwicklung des sozialen und politischen sowie gesellschaftlichen Widerstandes kann eine starke linke anti-neoliberale, demokratische parlamentarische Vertretung hilfreich sein.